

Energietransformation

Jörg Radtke · Weert Canzler  
Miranda Schreurs · Stefan Wurster *Hrsg.*

# Energiewende in Zeiten des Populismus



Springer VS

---

# Energietransformation

## **Reihe herausgegeben von**

Weert Canzler, Wissenschaftszentrum Berlin für  
Sozialforschung, Berlin, Deutschland

Jörg Radtke, Seminar für Politikwissenschaft, Universität Siegen, Fakultät 1  
Seminar für Politikwissenschaft, Siegen, Deutschland

Miranda A. Schreurs, Hochschule für Politik München, Technischen Universität  
München, München, Deutschland

Die Energiewende hat längst begonnen, ist aber mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. In dieser Schriftenreihe sollen politik- und sozialwissenschaftliche Beiträge zu grundlegenden Themen der Governance und Regulierung der Energiewende sowie zu bisher unterbelichteten Dimensionen der Akzeptanz und fairen Verteilung von Nutzen und Kosten, der sozialräumlichen und regional-ökonomischen Effekte einer dezentralen Energieerzeugung sowie zur Kompatibilität mit europäischen und internationalen Energiemärkten erscheinen. Die Reihe soll sich nicht nur auf die deutsche Energiewende fokussieren, sondern auch internationale Entwicklungen aufnehmen. In vielen Ländern (und sub-nationalen Systemen wie Kalifornien) werden Energiesysteme transformiert, Emissionshandelssysteme breiten sich weltweit aus. In mehreren Ländern findet zudem ein Ausstieg oder Rückbau der Kernenergie oder aus der Kohleverstromung statt. Weltweit werden die Erneuerbaren Energien ausgebaut, nicht zuletzt um die Klimaschutzziele zu erreichen. Viele Kommunen haben sich das Ziel gesetzt, möglichst schnell ihre Energieversorgung auf 100 % Erneuerbare Energien umzustellen. Gleichzeitig bildet sich mancherorts Widerstand gegen die Energiewende. In der Schriftenreihe geht es um ein besseres Verständnis der Treiber und ebenso der hemmenden Faktoren einer grundlegenden Transformation des Energiesystems.

Weitere Bände in der Reihe <http://www.springer.com/series/15820>

---

Jörg Radtke · Weert Canzler ·  
Miranda A. Schreurs · Stefan Wurster  
(Hrsg.)

# Energiewende in Zeiten des Populismus

 Springer VS

*Hrsg.*

Jörg Radtke  
Fakultät 1, Politikwissenschaft  
Universität Siegen  
Siegen, Deutschland

Weert Canzler  
Berlin, Deutschland

Miranda A. Schreurs  
München, Deutschland

Stefan Wurster  
München, Deutschland

ISSN 2523-742X

ISSN 2523-7438 (electronic)

Energietransformation

ISBN 978-3-658-26102-3

ISBN 978-3-658-26103-0 (eBook)

<https://doi.org/10.1007/978-3-658-26103-0>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2019

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

---

## Vorwort

Im Mai 2017 veranstaltete die Themengruppe Energietransformation in der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft gemeinsam mit der Schader-Stiftung die Tagung „Energiewende in Zeiten populistischer Bewegungen“. Die Beiträge der Tagung werden im vorliegenden Band veröffentlicht und um einige weitere Aspekte ergänzt.

Die Tagung stieß auf großes Interesse – und an dieser starken Resonanz auf das Thema hat sich bis heute nichts geändert, blickt man auf die aktuellen Diskussionen um die Energiewende in Deutschland, Europa und anderen Teilen der Welt. Derzeit ist der Energiewende-Diskurs in Deutschland stark durch das Thema Kohleausstieg geprägt, im vergangenen Jahr spitzte sich die Lage durch Proteste im Hambacher Forst des rheinischen Braunkohlereviere zu. Die von der Bundesregierung eingesetzte sogenannte Kohlekommission hat nunmehr einen Fahrplan für einen Ausstieg aus der Kohleverstromung für die nächsten Jahre vorgelegt. Dieser ändert aber trotz erzieltm politischem Konsens auf der Ebene der Regierungsparteien wenig daran, dass die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Klimaschutz und die Zukunft der Energiewende weitergehen werden. Die Konflikte betreffen diverse gesellschaftliche Meta-Diskurse: Etwa den Generationenkonflikt wie im Falle der Fridays for Future-Bewegung („Jung und Alt“); den Konflikt zwischen ländlichen, zum Teil marginalisierten Regionen der Kohleförderung (oder Windenergie-Landschaften) und ambitionierten Städten, die vermehrt in Nachhaltigkeit investieren („Stadt und Land“) und den Konflikt zwischen akademisch-umweltbewussten und traditionell-konservativen Bevölkerungsteilen sowie ihren Pendanten im politischen Spektrum („Links und Rechts“). Populismen wirken hierbei wie ein Schwamm, der vorhandene Spannungen aufsaugt und transportiert, in Dualismen übersetzt und symbolisch (vermeintlichen) Gegensätzen ein Gesicht verleiht. So können diffuse Widerstände

gegen Energiewendeprojekte eine eigenständige Identität erhalten und im Diskurs wie im energiepolitischen Konflikt überhaupt erst handlungsfähig werden.

Der Kohleausstieg wird im vorliegenden Band nur gestreift – denn jenseits der Fragen von Flächennutzung für die Kohlegewinnung in den Kohlerevieren sind viele Bürgerinnen und Bürger in Deutschland mit zahlreichen weiteren Energiethemata wie dem Ausbau der Windenergie und dem Netzausbau, dem Bau von Biomasseanlagen, der Geothermie-Nutzung sowie der Errichtung von Speicherkraftwerken und Gas-Pipelines konfrontiert. Hierbei kommt es regelmäßig zu Protesten und Auseinandersetzungen, die mit ganz verschiedenen Formen der Aushandlung, der Intervention sowie der Mediation und unterschiedlichen Beteiligungsoptionen verbunden sind.

Wir verstehen Populismus in diesem Kontext als eine spezifische Form des Auftretens polarisierender, d. h. zuspitzender Kräfte und Positionen, welche auf allen gesellschaftlichen wie politischen Ebenen (von der Nachbarschaft bis in das Europäische Parlament), in allen sozial organisierten Formen (von der Bürgerinitiative bis zur politischen Partei) und in allen sozialkommunikativen Formaten (von der Blockade bis zum Runden Tisch) identifiziert werden können. Gleichzeitig ist „der Populismus“ aber auch ein Phantom: Greift man etwa in einen Diskurs hinein, so wird man dort unterschiedliche Positionen in verschiedenen Nuancen finden können – aber wann ist eine Meinung, eine Diskussion oder eine Strategie populistisch?

Die Beiträge dieses Bandes liefern hierzu erste Antworten und bilden ein breites Spektrum der Einfallsschnitten und *Melting Pots* in den Energiewende-Diskursen, in Kommunen und Regionen sowie innerhalb von Organisationen und Institutionen ab. Viele Fragen bleiben dabei offen – und das hat einerseits mit dem unscharfen Populismus-Begriff selbst und andererseits mit den Gegenständen zu tun.

Oftmals sind die verschiedenen Energiekonflikte durch Eigenheiten und Eigenlogiken geprägt. Um die Beziehungen zwischen Diskursteilnehmern – ob individuell oder institutionell gedacht – besser zu verstehen, kann die Unterscheidung von Robert Putnam zwischen bindendem und dem überbrückendem Sozialkapital hilfreich sein. Während *binding social capital* eine möglichst starke soziale Bindung zwischen Individuen und damit eine funktionierenden Binnenorganisation unterstützt, bedeutet *bridging social capital* das Vermögen von organisierten Gruppen, soziale Verbindungen nach außen hin aufzubauen. Ein starker innerer Zusammenhalt führt zumeist zu schwachen oder sogar feindseligen Außenbeziehungen. Das Ziel kann hierbei nun nicht darin bestehen, den inneren Zusammenhalt abzubauen, sondern den Blick nach außen

hin zu verändern. Und schließlich sind soziale Gruppen auch ein Spiegelbild gesellschaftlicher Verhältnisse. Möglicherweise würde Robert Putnam daher im gegenwärtigen Kontext vermuten, dass gerade eine Erosion klassischer sozialer Organisationen einen Nährboden für populistische Bewegungen bedeutet: Gerade weil immer weniger Menschen Parteien, Kirchen oder Gewerkschaften angehören, wirkt das „erlebte“ bindende Sozialkapital in weniger stark formalisierten, aber geschlossenen Gruppen attraktiv und einladend.

Für die Politikwissenschaft sind in Zukunft unter Rückgriff auf Ansätze und Erkenntnisse aus der Soziologie, Psychologie und Philosophie, den Kultur-, Regional- und Raumwissenschaften noch zahlreiche Forschungsfragen und -felder zu identifizieren, zu eruieren und zu vertiefen. Eine Abbildung und Präzisierung der Begriffe politischer Kommunikation, Konflikte und Populismen ist hierbei unserer Ansicht nach jenseits einzelner Forschungsarbeiten auf breiter Ebene erforderlich.

Für die Ermöglichung einer ersten ausführlichen Beschäftigung mit dem Populismus-Thema im Kontext der Energiewende-Forschung im Rahmen der Tagung danken wir zunächst der Schader-Stiftung, die die Tagung in ihren Räumlichkeiten und durch perfekte Organisation und Bewirtung unterstützt hat. Ein besonderer Dank geht zudem an die Diskutantinnen und Diskutanten Roland Czada, Cordula Kropp und Marco Sonnberger.

Schließlich waren es die Autorinnen und Autoren, die dieses Buchprojekt erst möglich gemacht und die mit uns einen langen Atem gezeigt haben. Für die aufgebrachte Geduld und die Mühen bedanken wir uns ebenfalls.

Den Leserinnen und Leser wünschen wir spannende Einsichten und mannigfache Gedankenanstöße. Bitte zögern Sie nicht, in den Diskurs mit den Autorinnen und Autoren sowie mit dem Herausgeber-Team einzutreten – und seien Sie versichert, wir freuen uns über jede Rückmeldung.

Siegen, Berlin und München  
Februar 2019

Jörg Radtke  
Weert Canzler  
Miranda A. Schreurs  
Stefan Wurster

---

# Inhaltsverzeichnis

## Teil I Energiewende und Populismus: Theoretische Zugänge

- 1 **Energiewende in Zeiten populistischer Bewegungen –  
Einleitende Bemerkungen** ..... 3  
Jörg Radtke, Weert Canzler, Miranda A. Schreurs und Stefan Wurster
- 2 **In der Demokratiefalle? Probleme der Energiewende  
zwischen Expertokratie, partizipativer Governance  
und populistischer Reaktion** ..... 31  
Veith Selk, Jörg Kemmerzell und Jörg Radtke
- 3 **Theoretische Zugänge zum bewegungsförmigen Protest  
gegen öffentliche Energieinfrastrukturprojekte** ..... 67  
Thorsten Winkelmann
- 4 **Systemtransformation in Zeiten eines zunehmenden  
Populismus. Soziale Innovationen als Elemente einer  
erfolgreichen Gestaltung der umkämpften  
Energiewende vor Ort** ..... 101  
Manfred Miosga

## Teil II Energiewende-Diskurse auf europäischer und internationaler Ebene

- 5 **Klimaskeptizismus und populistische Bewegungen in Europa  
und den USA** ..... 145  
Jörg Radtke und Miranda A. Schreurs

<b>6</b>	<b>Energiewende in Australien: Polarisierungstendenzen in der Diskurskultur? .....</b>	<b>181</b>
	Franziska Mey	
<b>7</b>	<b>Grenzüberschreitende technische Kooperation in Zeiten politischer Desintegration: Das Beispiel europäischer Strommärkte .....</b>	<b>209</b>
	Sandra Eckert	
<b>Teil III Lokale Konfliktfelder</b>		
<b>8</b>	<b>Instrumentalisierung von räumlichen Repräsentationen in Planungskonflikten .....</b>	<b>237</b>
	Daniela Boß	
<b>9</b>	<b>Kommunale Energieprojekte als Lokalpolitikum .....</b>	<b>263</b>
	Ulrike Fettke	
<b>10</b>	<b>Engagementverstärker und Brückenbauer? Kirchengemeinden als Akteure der lokalen Energiewende .....</b>	<b>295</b>
	Sophia Schönborn	
<b>11</b>	<b>Mieterstrom – ein Beitrag zur dezentralen Energietransformation. Von den Mühen der Umsetzung auf der lokalen Ebene. ....</b>	<b>341</b>
	Iris Behr	
<b>Teil IV Protestkulturen und Soziale Bewegungen</b>		
<b>12</b>	<b>Wahrgenommener Einfluss. Protestbilder und Anpassungsstrategien von Protestadressaten in lokalen Konflikten um Energiewendeprojekte .....</b>	<b>361</b>
	Sören Messinger-Zimmer, Julia Zilles, Klaudia Hanisch und Christoph Hoeft	
<b>13</b>	<b>Die Bühnen der Beteiligung .....</b>	<b>391</b>
	Christoph Ewen und Michel-André Horelt	
<b>14</b>	<b>Die deutsche Dekarbonisierungsbewegung: Bottom-up-Exnovation zwischen Post-Politik und Partizipation? .....</b>	<b>423</b>
	Martin David	

---

# Herausgeber- und Autorenverzeichnis

---

## Über die Herausgeber

**Jörg Radtke** Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Lehrstuhl für Politische Systeme und Vergleichende Politikwissenschaft, Seminar für Sozialwissenschaften sowie Leiter des Forschungsprojektes „Creative Citizen“ an der Universität Siegen. E-Mail: [radtke@politikwissenschaft.uni-siegen.de](mailto:radtke@politikwissenschaft.uni-siegen.de). Forschungsinteressen: Energie-, Mobilitäts- und Nachhaltigkeitspolitik Digitale Politik, E-Government und Online-Beteiligung, Lokale Politikforschung, Stadt- und Regionalpolitik, Governance-Forschung und Policy-Analyse, Partizipation und Zivilgesellschaft.

**Weert Canzler** Dr. phil. habil, Senior Researcher am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und Sprecher des „Leibniz-Forschungsverbundes Energiewende“ (LVE). E-Mail: [weert.canzler@wzb.eu](mailto:weert.canzler@wzb.eu). Forschungsinteressen: Verkehrs- und Energiepolitik sowie Innovations- und Technologiepolitik.

**Miranda A. Schreurs** Prof. Dr., Professorin für Environmental and Climate Policy an der Hochschule für Politik München (HfP). E-Mail: [miranda.schreurs@hfp.tum.de](mailto:miranda.schreurs@hfp.tum.de). Forschungsinteressen: Internationale und vergleichende Klima-, Energie- und Umweltpolitik (Energiewende in Japan und Deutschland, Klimapolitik in Europa, USA und Japan, politische Fragen der Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen).

**Stefan Wurster** Dr., Assistant Professor für Policy Analysis der Hochschule für Politik an der Technischen Universität München. E-Mail: [stefan.wurster@hfp.tum.de](mailto:stefan.wurster@hfp.tum.de). Forschungsinteressen: Regimetypvergleich, Policyanalysen in Politikfeldern mit Nachhaltigkeitsbezug, Untersuchung von Governancestrukturen, Nachhaltige Regulierung von Energiemärkten, Policyvergleiche in den Feldern Innovations-, Forschungs- und Umweltpolitik.

---

## **Autorenverzeichnis**

**Iris Behr** Institut Wohnen und Umwelt GmbH, Darmstadt, Deutschland

**Daniela Boß** Universität Bayreuth, Bayreuth, Deutschland

**Weert Canzler** Dr., Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH, Berlin, Deutschland

**Martin David** Dr., Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung, Leipzig, Deutschland

**Sandra Eckert** Dr., Goethe-Universität Frankfurt am Main, Frankfurt am Main, Deutschland

**Christoph Ewen** Dr., Team ewen GbR, Darmstadt, Deutschland

**Ulrike Fettke** Universität Stuttgart, Stuttgart, Deutschland

**Kludia Hanisch** Georg-August-Universität Göttingen, Göttingen, Deutschland

**Christoph Hoeft** Georg-August-Universität Göttingen, Göttingen, Deutschland

**Michel-André Horelt** Dr., Team ewen GbR, Darmstadt, Deutschland

**Jörg Kemmerzell** Dr., Technische Universität Darmstadt, Darmstadt, Deutschland

**Sören Messinger-Zimmer** Georg-August-Universität Göttingen, Göttingen, Deutschland

**Franziska Mey** Dr., University of Technology Sydney, Sydney, Australien

**Manfred Miosga** Prof. Dr., Universität Bayreuth, Bayreuth, Deutschland

**Jörg Radtke** Prof. Dr., Universität Siegen, Siegen, Deutschland

---

**Miranda A. Schreurs** Prof. Dr., Technische Universität München, München, Deutschland

**Sophia Schönborn** Dr., KlimaDiskurs.NRW e. V., Düsseldorf, Deutschland

**Veith Selk** Dr., Technische Universität Darmstadt, Darmstadt, Deutschland

**Thorsten Winkelmann** Dr., Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Erlangen, Deutschland

**Stefan Wurster** Dr., Technische Universität München, München, Deutschland

**Julia Zilles** Georg-August-Universität Göttingen, Göttingen, Deutschland

---

**Teil I**

**Energiewende und Populismus:  
Theoretische Zugänge**



# Energiewende in Zeiten populistischer Bewegungen – Einleitende Bemerkungen

# 1

Jörg Radtke, Weert Canzler, Miranda A. Schreurs und Stefan Wurster

## Inhaltsverzeichnis

1	Energiewende und Populismus – Die Geburt einer neuen Konfliktlinie?.....	3
2	Überblick über die Beiträge .....	18
	Literatur .....	26

## 1 Energiewende und Populismus – Die Geburt einer neuen Konfliktlinie?

Ausgangspunkt des vorliegenden Bandes ist die gleichnamige Tagung der Themengruppe Energietransformation der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft im Frühjahr 2017 in der Schader-Stiftung in Darmstadt. Provokativ wurde dort gefragt: „Wir schaffen die Energiewende! Wirklich?“ Im Hinblick auf den Ausbau der Erneuerbaren Energien bestand um die Jahrtausendwende

---

J. Radtke (✉)  
Universität Siegen, Siegen, Deutschland  
E-Mail: [radtke@politikwissenschaft.uni-siegen.de](mailto:radtke@politikwissenschaft.uni-siegen.de)

W. Canzler  
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH, Berlin, Deutschland  
E-Mail: [weert.canzler@wzb.eu](mailto:weert.canzler@wzb.eu)

M. A. Schreurs · S. Wurster  
Technische Universität München, München, Deutschland  
E-Mail: [miranda.schreurs@hfp.tum.de](mailto:miranda.schreurs@hfp.tum.de)

S. Wurster  
E-Mail: [stefan.wurster@hfp.tum.de](mailto:stefan.wurster@hfp.tum.de)

noch die Sorge, dieser Ausbau könnte zu langsam erfolgen, um bei den Klimazielen stärkere Fortschritte zu erzielen. Zwar ist Ende der 2010er Jahre der Anteil der Erneuerbaren an der Stromproduktion stark angestiegen, zugleich ist die Energiewende zum Gegenstand heftiger politischer Debatten geworden und steht gesellschaftlich unter erheblichem Druck.

Da die Energieversorgung jahrzehntelang als sicher und unproblematisch galt und der Strom „aus der Steckdose“ kam, trifft der Umbau des Energiesystems nicht überall auf volle Zustimmung. Dies betrifft im Rahmen der regionalen Energiewende insbesondere den Ausbau von Windparks sowie den Netzausbau (vor allem im Hinblick auf sogenannte „Monstertrassen“), aber auch den anstehenden Ausstieg aus der Kohleverstromung. Ängste und Unsicherheiten über die Kostenentwicklung und drohende Arbeitsplatzverluste nehmen zu.

Auch wenn die Zustimmung in der Bevölkerung für den Ausbau der Erneuerbaren Energien nach wie vor hoch ist (Agentur für Erneuerbare Energien 2016), zählt für populistische Bewegungen die Energiewende zum Syndrom eines „kulturellen Elitenprojektes“. Und so weisen neueste Zahlen auch auf einen Umschwung hin: Das Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende 2019 bestätigt zwar die allgemeine Zustimmung, doch ein Großteil der Bevölkerung beklagt zu hohe Kosten und Preise sowie eine mangelnde Gerechtigkeit, die Energiewende-Politik der Regierung und die Art der Umsetzung werden stark kritisiert (vgl. Setton 2019; Setton und Renn 2018). Konkrete Ziele und Maßnahmen der Energiewende werden zudem stärker dort angezweifelt, wo sich diese auch ereignen bzw. geplant sind. Zugleich kann nachgewiesen werden, dass populistische Einstellungen in der Bevölkerung stetig zunehmen, wovon insbesondere die politische Mitte betroffen ist (Vehrkamp und Merkel 2018).

Diese empirischen Hinweise können übergreifend eingebettet werden in eine kritische gesellschaftspolitische Diagnose: Erstens ist ein zunehmender Einfluss und eine verstärkte Professionalisierung von Akteuren des Populismus erkennbar (Parteien, Vereine, Organisationen, Bürgerinitiativen); zweitens verändert sich der politische Diskurs durch populistische Einflüsse, was insbesondere die etablierten Muster und Systeme der Verhandlungsdemokratie destabilisieren kann; drittens leiden Entscheidungen durch öffentliche Organe der repräsentativen Demokratie zunehmend unter einem Vertrauensverlust, der delegitimierend wirken kann und politische Vertreter zunehmend unter Druck setzt, was eine ausgewogene politische Strategie und Kommunikation nicht wahrscheinlicher werden lässt; und viertens werden die Klimaschutzziele Deutschlands nach wie vor nicht erreicht, was der Sinnhaftigkeit des Projektes der Energiewende zuwider läuft und die diversen Maßnahmen und Bemühungen in ein zweifelhaftes Licht rückt.

Diese Ausgangslage befördert die Energiewende zu einem politischen Programm, welches als geradezu ideale Vorlage für Kritik von populistischen Bewegungen dient. Dies kann auf verschiedene Ursachen zurückgeführt werden: So etwa zunächst auf die Umstände, welche einmal zur Verkündung der Energiewende führten. Denn die Energiewende wurde von der Bundesregierung (Stellungnahme der Bundeskanzlerin nach dem Fukushima-Reaktorunglück im Jahre 2011 als Parallele zur Entscheidung in der ebenfalls stark kritisierten Migrationsentscheidung im Jahr 2015) ohne Einbezug der Bevölkerung oder anderer gesellschaftlicher Gruppen beschlossen. Weiterhin wird das politische Projekt von Teilen der politischen Landschaft (des „linken Flügels“) getragen und stellt ein identitätsstiftendes, vereinigendes Element dar, welches gegenüber der Opposition des nationalkonservativen Lagers polarisierend wirken kann. Ergänzt wird dies noch durch eine „Opfer“-Motivlage: Auswirkungen der Energiewende (v. a. Kosten und lokale Beeinträchtigungen) müssen von der Bevölkerung (d. h. insbesondere der sozial schwachen Bevölkerung ländlicher und marginalisierter Räume in der Nähe von Energieinfrastrukturen) ertragen werden. Abgerundet wird dies schließlich durch die bereits angesprochenen Zweifel hinsichtlich der Effektivität (Klimaschutz) und der Revision eines intakten Energiesystems (funktionsfähige Kraftwerke werden abgeschaltet).

Im Kontext der Energiewende ist angesichts der neuen populistischen Bewegungen entscheidend, dass diese eine aktivierende Kraft in Bezug auf die Zivilgesellschaft darstellen können (Grande 2018). Zum einen gehört eine Ausrichtung auf Stärkung direkter und lokaler Demokratie zum Grundprogramm der Alternative für Deutschland (AfD), zum anderen übernehmen neue rechtsgerichtete Graswurzel-Initiativgruppen in Kommunen und Gemeinschaften auch die Aufgabe der Mobilisierung von bürgerschaftlichem Engagement und bieten damit neue Beteiligungsmöglichkeiten für die lokale Bevölkerung, welche bislang von anderen Akteuren und Gruppen gestellt wurden. Damit wird potenziell eine Lücke des bereits länger andauernden „absterbenden“ klassisch-konventionellen Engagements (Vereine, etablierte Parteien, Kirchen, Gewerkschaften etc.) geschlossen.

Welche Erkenntnisse, Perspektiven und Anstöße zur Reflexion bietet vor diesem Hintergrund die Politikwissenschaft? Immer schon haben tiefgreifende Transformationsprozesse, die in Landschaften, Lebens- und Arbeitsweisen eingreifen, Ängste, Misstrauen und auch Widerstand hervorgerufen. Aus politik- und sozialwissenschaftlicher Perspektive sind eben diese historischen Momente von erheblicher Relevanz, zeigen sie doch, wie gesellschaftliche Aushandlungs- und Verarbeitungsprozesse ablaufen (vgl. Czada und Radtke 2018). Im Gegensatz zu den stärker autokratisch und hierarchisch geprägten Gesellschafts- und Staatsformen des 19. und 20. Jahrhunderts zeigt sich bei der Energietransformation

in vielen liberal geprägten Ländern, wie demokratische Willensbildungsprozesse ablaufen und funktionieren. Die Demokratie ist dabei auf dem Prüfstand: Der Bevölkerung werden Umwälzungsprozesse zugemutet, die sie mehrheitlich zu tragen hat. Dabei ist das Versprechen der Demokratie einzulösen, den Willen des Volkes adäquat zu repräsentieren.

Der vorliegende Band erweitert daher den Fokus traditioneller energiepolitischer Analysen um Aspekte der Diskurs-, Lebenswelt- und Soziale Bewegungsforschung sowie politischen Kulturforschung. Zwei Themenbereiche werden hierbei näher betrachtet: Zum einen werden aktuelle Kontroversen in der Energiewende widergespiegelt. Ein breites Spektrum verschiedener Handlungsfelder auf lokaler und internationaler Ebene wird diskutiert. Zum anderen wird der Aspekt der Bürgerbeteiligung im Wechselspiel mit Konflikten, Protest und lokaler Politik aufgegriffen und anhand von Praxisfällen reflektiert.

Wir verstehen Populismus in diesem Kontext als eine spezifische Form des Auftretens polarisierender, d. h. zuspitzender Kräfte und Positionen, welche auf allen gesellschaftlichen wie politischen Ebenen (von der Nachbarschaft bis in das Europäische Parlament), in allen sozial organisierten Formen (von der Bürgerinitiative bis zur politischen Partei) und in allen sozialkommunikativen Formaten (von der Blockade bis zum Runden Tisch) identifiziert werden können (vgl. Müller und Precht 2019; Schoen und Gavras 2019). Gleichzeitig ist „der Populismus“ aber auch ein Phantom: Greift man etwa in einen Diskurs hinein, so wird man dort unterschiedliche Positionen in verschiedenen Nuancen finden können – aber wann ist eine Meinung, eine Diskussion oder eine Strategie populistisch?

Die Beiträge dieses Bandes liefern hierzu erste Antworten und bilden ein breites Spektrum der Einfallsschneisen und *Melting Pots* in den Energiewende-Diskursen, in Kommunen und Regionen sowie innerhalb von Organisationen und Institutionen ab. Viele Fragen bleiben dabei offen – und das hat einerseits mit dem unscharfen Populismus-Begriff selbst und andererseits mit den Gegenständen zu tun.

Oftmals sind die verschiedenen Energiekonflikte nämlich durch Eigenheiten und Eigenlogiken geprägt.

Wie lässt sich der Populismus im Kontext der Energiewende vor diesem Hintergrund erklären? Wir vertreten die These, dass die Diskurse und Konflikte um die Energiewende ein Spiegelbild gesellschaftlicher Stimmungslagen sind. Damit bestreiten wir keinesfalls das faktische Vorliegen inhaltlicher Konflikte und widerstrebender Interessen. Diverse Studien zeigen jedoch, dass es sich hierbei nicht ausschließlich um monokausal begründbaren Protest gegen bauliche Infrastrukturmaßnahmen handelt, wie es die NIMBY-Metapher beschreibt

(z. B. Marg et al. 2013; Reusswig et al. 2016, 2018; Hoeft et al. 2017). Aus der Akzeptanzforschung zur Energiewende und Infrastrukturvorhaben ist bekannt, dass es sich um komplexe soziale und politische lokale Zusammenhänge sowie individuelle psychologische Dispositionen handelt, die sich nicht unter einen einfachen Nenner subsumieren lassen. Deswegen muss jede Reaktion, solitäre Initiative und jede Regionen-spezifische Konstellation einzeln betrachtet werden. Dennoch kann inzwischen konstatiert werden, dass der polarisierende Themenkomplex auf nationaler Ebene angekommen ist. Er fügt sich dabei nahtlos ein in den bipolaren Diskurs zwischen stärker konservativ-reaktionären Idealen auf der einen und liberal-ökologischen Vorstellungen auf der anderen Seite. Während das konservative Lager die Energiewende tendenziell sowohl in der derzeit bestehenden Ausformung als auch in der stärker progressiven Vision einer dezentral geprägten und suffizienzbasierten Energiewirtschaftsweise kritisiert und den fossil-zentralisierten Energiepfad des 20. Jahrhunderts eher stützt, vertritt das sozialliberal-ökologische Lager in aller Regel eine eher zustimmende Position zur Energiewende, wobei Uneinigkeit hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung herrscht (siehe Dezentralisierungsideal). Gleiches trifft auf die dahinterstehenden Meta-Diskurse um Klimawandel und alternative Lebensweisen zu. Der Vision einer klimafreundlichen Gesellschaft, welche auf neuen kohlenstoffarmen Mobilitäts-, Energiegewinnungs-, Wirtschafts- und Lebensformen aufbaut, steht das Lebensmodell der industriellen Modernisierung gegenüber. Auch die Stadt-Land-Differenz, Urbanisierungsdebatte und Marginalisierungsfrage wird in der Energiewende gespiegelt (Messinger-Zimmer und Zilles 2016, Holstenkamp und Radtke 2019). Vom Ausbau der Erneuerbaren Energien und dem Netzausbau sind ländliche Regionen betroffen, gleichzeitig soll die Kohlegewinnung und Verstromung hier ausgesetzt werden. Das konservative Wählerspektrum ist aber stärker im ländlichen Raum repräsentiert. Die Energiewende wird daher bisweilen als urbanes Projekt aufgefasst.

Es geht somit in der Energiewende-Debatte insgesamt vielmehr um die generelle Frage „Wie wollen wir leben?“ als um einen einzelnen Strommast. Der Zuwachs reaktionärer Kräfte wie der Alternative für Deutschland (AfD) oder der stärker intellektualisierten Bewegung der Neuen Rechten zeigt, dass grundsätzliche Zweifel bei der Bevölkerung hinsichtlich der gegenwärtigen politischen Strategie und Vision bestehen. Allerdings wäre es verfehlt, jede Bürgerinitiative, welche sich gegen Netzausbau und Windenergieanlagen wendet, in diesem politischen Lager zu verorten. So zeigen beispielsweise die Untersuchungen von Neukirch, dass Bürgerinitiativen, die sich gegen den Netzausbau engagieren, keineswegs Gegner der Energiewende sein müssen (Neukirch 2016, 2017). Vielmehr wird sichtbar, wie sich ein bürgerschaftliches Moment aktiviert und

entfaltet, das zu erheblichem politischen Einfluss in der Lage ist und das Agenda Setting mitbestimmt. Engagierte Bürger besitzen hier in der Regel ein hohes Maß an Sachkompetenz und weisen auf logische Inkonsistenzen hin, welche in den Verarbeitungsprozess der Institutionen einfließen.

Damit wird zusammenfassend deutlich, dass die Energiewende für gesellschaftliche Aushandlungsprozesse gewissermaßen Pate steht. Oft handelt es sich um Stellvertreter-Konflikte. Es wäre allerdings verfehlt anzunehmen, dass ein Windrad, das den Streitpunkt eines Konfliktes bildet, quasi beliebig austauschbar wäre. Bei Energiewende-Konflikten sind immer regionale Besonderheiten und Spezifika der Infrastrukturen zu beachten (siehe hierzu Devine-Wright 2013). Damit zeigt sich ein uneinheitliches Bild: Eine neue, klar abgrenzbare und zu definierende Konfliktlinie ist (noch) nicht erkennbar, es handelt sich vielmehr um einen vielschichtigen und facettenreichen Komplex, wie die Energiewende auf diversen Ebenen in unterschiedlichen Räumen und von verschiedenen Akteuren verhandelt wird. Zwar sind diverse, hier angerissene Bezugspunkte erkennbar, ein einheitliches typisierbares Muster besteht aber angesichts der sehr heterogenen Energiewende-Landschaften nicht.

Ein Blick auf verschiedene gesellschaftliche Energiewende-Diskurse und Konflikte kann allerdings nicht nur lokale Konstellationen und Dynamiken erklären, sondern weist darüber hinaus diverse Bezugspunkte zu originär politikwissenschaftlichen Forschungsfeldern auf. So sind neben den Schwerpunkten der Forschung zu Protest, Engagement und Sozialen Bewegungen sowie der politischen Kommunikations- und Medienforschung und der sozialpsychologischen Akzeptanzforschung die Partizipationsforschung, lokale Governance- und Policy-Forschung sowie die Demokratie- und Legitimationsforschung zu nennen, die eine erhebliche Rolle spielen. Die Analyse von Akteurskonstellationen, Agenda-Setting-, Problemlösungs-, Interessenaggregations- und Willensbildungsprozessen sind hierbei ebenso relevant wie der Zusammenhang mit Kommunalpolitik, lokaler Demokratie und Öffentlichkeitsbeteiligung. Bei der bisherigen Forschung im Themenfeld handelt es sich oft um Fallstudien, die wenig miteinander in Bezug stehen. Eine weitergehende theoretische Konzeptualisierung ist nur in Ansätzen erkennbar. Der vorliegende Band stellt daher einen Versuch dar, einen ersten Überblick zu bieten und damit einen Ausgangspunkt für die weitere fachwissenschaftliche Fundierung und Reflexion zu bilden.

Ein näherer Blick auf die Themenfelder Kohleausstieg und Verkehrswende, Partizipation und Parteipolitik sowie internationaler Klimawandel-Skeptizismus zeigt im Folgenden, welche Kern-Diskurselemente identifiziert werden können – sie markieren einen groben Rahmen.

*Diskurse um den Kohleausstieg und die Verkehrstransformation*

Nach dem Atomausstieg hat die Diskussion um den Ausstieg aus der Kohleverstromung an Vehemenz zugenommen. Ein Grund dafür ist, dass postfossile Energietechniken beim Stromverbrauch 2018 einen Anteil von annähernd 40 % erreicht haben. Die Wind- und die Solarenergie haben die Leitrolle übernommen. Statt zentral positionierter Großkraftwerke sorgen mehr und mehr kleinere und damit dezentral verteilte Energieerzeugungsanlagen für die Energiebereitstellung. Ihr Anteil soll künftig weiter steigen. Darüber hinaus soll die zur Verfügung stehende Energie auch noch wesentlich effizienter eingesetzt werden. Die anstehende Transformation ist also fundamental, sie betrifft nicht nur einzelne Gruppen oder Branchen. Sie ist eine gesamtgesellschaftliche Angelegenheit. Es ist darüber hinaus auch eine Langzeit-Aufgabe, denn eine Umwälzung des Energiesystems ist mit Investitionen, aber auch mit Abschreibungen verbunden, die nach Jahrzehnten zählen (Ethik-Kommission Sichere Energieversorgung 2011). Diese lange zeitliche Perspektive der Energiewende charakterisiert das Politikfeld generell. Auch andere infrastrukturbezogene Politikfelder wie die Verkehrspolitik und der Wohnungs- und Städtebau sind langfristig ausgelegt und die damit verbundenen Kosten-Nutzen-Rechnungen sind ebenfalls auf mehrere Jahrzehnte kalkuliert. Die mit der Industrialisierung aufgebauten „Networks of Power“ (Hughes 1993) sind großtechnische Systeme, die umfassender Planungs-kapazitäten bedurften und daher entweder direkter staatlicher Interventionen oder einer strengen Regulierung unter Einschluss garantierter Gebietsmonopole unterlagen und zum Teil bis heute unterliegen. Die zentrale fossile Energiewelt hat zu starken Pfadabhängigkeiten geführt, deren innovationshemmende Wirkungen auch in den öffentlichen Diskursen ihren Niederschlag finden. Es wird gleichsam als Drohung immer wieder auf die Gefährdung der Versorgungssicherheit verwiesen, wenn bewährte zentrale durch volatile dezentrale Erzeugungsstrukturen abgelöst werden (z. B. Sinn 2017). Im Fokus der Kohleausstiegsdiskussion stehen somit zum einen der Zeitplan und damit die Geschwindigkeit der Transformation (vgl. DIW et al. 2018). Offensichtlich geworden ist, dass das konventionelle fossile Stromsystem und eine auf Erneuerbare Energien beruhende postfossile Stromwirtschaft nicht kompatibel sind. Weder im Marktdesign noch in der Netzinfrastruktur passen sie zusammen, was von den Protagonisten der Erneuerbare Energien schon früh konstatiert worden war (z. B. Scheer 2012, S. 63 f.). Zum anderen werden nicht nur die Kosten einer auf Erneuerbare Energien basierenden Energieversorgung allgemein, sondern auch die Kosten des Kohleausstiegs im Besonderen diskutiert. Die Kostenfrage steht zudem in einem engen Zusammenhang mit den europarechtlichen sowie den eigentumsrechtlichen Risiken eines bundespolitisch induzierten Endes der Kohleverstromung (vgl. Klinski 2017 und

Rodi 2017). Die Angst vor kostenträchtigen Schadensersatzansprüchen überlagert dabei bisweilen die energiepolitisch viel weitreichenderen Weichenstellungen der rechtlichen Rahmenbedingungen. Dazu gehören unterschiedliche Regulierungsbereiche, darunter der Einspeisevorrang der Erneuerbaren Energien, wie er als Grundsatz im Erneuerbaren-Energien-Gesetz festgelegt wurde, und eine klimapolitische Festlegung einer umfassenden Dekarbonisierung. Aus klimapolitischer Perspektive ist die steuerliche Behandlung der verschiedenen Energieformen dahingehend zu entwickeln, dass an die Stelle einer Besteuerung von Energieerzeugung vielmehr die Besteuerung von Schadstoffemissionen tritt. Weitgehend Konsens besteht beispielsweise darüber, dass die Stromsteuer einer Emissionsabgabe weichen muss. Eine Bepreisung von Klimagasen kann entweder in der Form von handelbaren Emissionszertifikaten, einer Klimagassteuer oder eines Mindestpreises für klimaschädliche Emissionen bzw. einer Kombination dieser unterschiedlichen Instrumente erreicht werden. Der Preis für klimaschädliche Emissionen ist jedoch zu ergänzen durch eine Internalisierung der Kosten auch anderer Schadstoffemissionen wie gesundheitsgefährdende Stoffe sowie der Langfristbelastung der Abfallbeseitigung oder -Lagerung und auch Lärm. Eine solche Umstellung von Steuern und Abgaben bei der Stromproduktion betrifft nicht nur die Energiewirtschaft. Sie würde die derzeitige – wenn auch labile und mit hohen volkswirtschaftlichen Kosten verbundene – Koexistenz von fossilem und postfossilem Stromsystem in kurzer Zeit zugunsten der Erneuerbaren Energien beenden. Mit der konsequenten Umstellung würde ein „Phasing-out“ der fossilen Kraftwerke und im Übrigen auch der Verbrennungsmotortechnik im Verkehr sowie der fossil befeuerten Gebäudeheizungen beschleunigt. Der bisher gebremste Strukturwandel würde an Dynamik gewinnen und dabei auch erhebliche Auswirkungen auf die Beschäftigungsstrukturen nicht nur in der Energiebranche haben. Der absehbare Abbau lange sicherer Arbeitsplätze schürt allerdings auch die Angst davor, dass in den betroffenen Branchen und Regionen die Unsicherheit und der Unmut wächst und dies von populistischen Parteien und Bewegungen erfolgreich aufgegriffen wird.

Mit einer Emissionssteuer würde ein steuerlicher Mechanismus installiert, der mittel- und langfristig zu sinkenden bzw. versiegenden Einnahmen führt. Das ist steuersystematisch eine Schwierigkeit und zwingt zu haushaltspolitischen Strukturreformen. Darüber hinaus bedarf es einer konsensualen Übereinkunft darüber, wie welche Schäden zu bewerten sind. Eine monetäre Eingruppierung von verschiedenen Schadstoffklassen und der Langfristkosten ihrer Verwendung ist wissenschaftlich kaum zu leisten, zu unterschiedlich sind die verwendeten Mess- und Schätzmethoden. Die betroffenen Interessengruppen werden alles versuchen, Einfluss darauf zu nehmen. Die Erfahrungen mit gezielten Kampagnen

bei der Einführung der Ökosteuer durch die rot-grüne Bundesregierung in den Jahren 1999 und 2000 zeigen dies. Die Ausgabe von Verschmutzungsrechten im Zuge der Einführung des Europäischen Emissionshandels-Systems (ETS) war schließlich ein lehrreiches Beispiel dafür, wie anfällig solche Prozesse für die Definition von Schadenseffekten sind. Die Geschichte des ETS legt es nahe, Mindestpreise bei Schadstoffemissionen festzulegen.

Auch im Verkehr ist die Dekarbonisierung mit erheblichen Konflikten verbunden. Besitzer von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor könnten sich dagegen wehren, wenn Fahrverbote oder höhere Abgaben zu Einschränkungen in den Nutzungsmöglichkeiten oder zu Wertverlusten führen. Der Dieselskandal und die Diskussion um Zwangsmaßnahmen zur Einhaltung von Luftschadstoffgrenzen seit 2015 sind ein Vorgeschmack auch auf aufgeheizte öffentliche Auseinandersetzungen in der Folge von politischen und juristischen Entscheidungen, die Millionen von Bürgerinnen und Bürgern in ihrer Rolle als Autofahrer betreffen. Individuell vielfach empfundene Abwertung und unfaire Behandlung können das Einfallstor für populistische Kampagnen sein und ökologisch motivierte Veränderungen kulturell überlagern. Im Straßenverkehr war und ist das Öl über Jahrzehnte der dominante Energieträger. Bis Mitte des Jahrhunderts muss der Verkehr wie alle Sektoren jedoch annähernd ohne Treibhausgasemissionen funktionieren, um unkontrollierbare Folgen des Klimawandels zu vermeiden (vgl. SRU 2017; Agora Verkehrswende 2017). Bereits in den nächsten Jahren muss der Ausstieg aus der weit verbreiteten Praxis des Verbrennens von fossilen Energieträgern im Verkehr beschleunigt werden. Ein Großteil der bereits bekannten – und im Übrigen vielfach auch bereits mit Ausbeutungsrechten versehenen – Ölvorräte muss im Boden bleiben. Die Summe der wirtschaftlich schon eingeplanten Ölvorkommen, die gar nicht mehr verbrannt werden dürfen, sind Teil einer „carbon bubble“, die ein erhebliches Krisenpotenzial birgt (vgl. World Bank und ecofys 2018). Technisch stehen im Prinzip verschiedene Alternativen zur fossil betriebenen Verbrennungsmotortechnik bereit. Zum einen lassen sich theoretisch fossile Energieträger auch nicht-fossil herstellen. „Synthetische Kraftstoffe“ können das fossile Öl (und auch das fossile Gas) ersetzen. Vorteil einer solchen Substitutionsstrategie ist, dass die vorhandene Antriebstechnik ebenso wie die Speicher- und Tankinfrastruktur weiterhin genutzt werden können. Nachteil ist jedoch ein erheblicher Input-Energiebedarf, er ist 6- bis 7-mal höher als beim batterieelektrischen Antrieb (vgl. Agora Verkehrswende 2017, S. 54). Generell sind Elektromotoren um den Faktor 4 bis 5 effizienter als Verbrennungsmotoren, da sie die elektrische Energie direkt in mechanische umsetzen und damit im Gegensatz zum Verbrennungsmotor kaum Wärmeverluste haben. Für den Gesamtwirkungsgrad ist jedoch die Vorkette von Energiegewinnung,

-transport und Speicherung zu beachten. Das gilt ebenso für die Bilanz bei den Treibhausgasen. Während der batteriebetriebene Elektromotor in beiden Fällen dann besonders gut abschneidet, wenn er aus regenerativen Quellen möglichst dezentral, d. h. ohne nennenswerte Übertragungsverluste gespeist wird, ist der Elektromotor, der den Strom von einer Brennstoffzelle erhält, bei der Energieeffizienz immer im Nachteil. Denn der für den Betrieb der Brennstoffzelle benötigte Wasserstoff braucht den Umwandelungsschritt der Elektrolyse. Diesen unterschiedlichen Energiebilanzen stehen jedoch andere Eigenschaften der beiden E-Antriebsvarianten gegenüber: der Wasserstoff-Brennstoffzellen-E-Antrieb erlaubt längere Reichweiten und kürzere Ladephasen als die Batterie-E-Mobilität. Außerdem ist Wasserstoff aufgrund seiner höheren Energiedichte gegenüber Akkuspeichern bei leistungsfähigeren Motoren, beispielsweise in Nutzfahrzeugen und Schiffen, im Vorteil. Zudem eignet er sich als Langzeitspeicher. Es spricht derzeit viel dafür, dass beide E-Antriebsvarianten ihren Platz in einem postfossilen Verkehrssektor haben werden – wahrscheinlich in verschiedenen Segmenten und mit unterschiedlichen Anteilen bei den verschiedenen Verkehrsträgern. So sind beim Schiffsverkehr neben der Brennstoffzelle gerade in der Hochseeschifffahrt auch Windturbinen- und Segeltechniken potenzielle Antriebsergänzungen. Eher kurz- und mittelfristig werden Mischformen zwischen alten fossilen und neuen postfossilen Antriebstechniken eine Rolle spielen, Hybridantriebe lassen sich in verschiedenen Spielarten denken. Letztlich wird die Transformation des Verkehrssektors und insbesondere des motorisierten Individualverkehrs nicht nur von technischen Optionen, sondern nicht zuletzt auch von der sozialen Akzeptanz bestimmt, die ihrerseits von wirtschaftlichen Vorteilen, aber auch von der Attraktivität der Alternativen zu bisher dominierenden Verkehrsangeboten abhängt (Canzler und Knie 2013).

### *Energiewende-Konflikte und Partizipation*

Das Themenfeld der Konflikte bildet ein Herzstück aller gegenwärtigen politik- und sozialwissenschaftlichen Energiewende-Analysen: Energiewende-Konflikte auf lokaler Ebene, welche von punktuellen Aktionen bis hin zu national bedeutsamen Dynamiken reichen können, wurden bislang beim Ausbau der Windkraft, dem Netzausbau, aber auch bei Biogasanlagen, Freiflächen-Fotovoltaik oder auch Regionalplanungen für den Ausbau Erneuerbarer Energien identifiziert und analysiert. Waren anfangs viele Protestgruppen in Deutschland noch unzusammenhängend regional verstreut, so wurde inzwischen sowohl im Windenergie-Themenfeld (z. B. „Windwahn“) als auch beim Netzausbau (z. B. „Bürgerinitiativen gegen Südlink“) eine vernetzte überregionale Bewegungsstruktur aufgebaut, die allerdings nicht im Sinne einer kohärenten und

fest organisierten Sozialen Bewegung verstanden werden kann (Neukirch 2017). Sowohl im Netzausbau als auch im Falle der Windenergie ist auffallend, dass der Widerstand nicht darauf zurückgeführt werden kann, dass keine Beteiligungsverfahren parallel zu den Planungsprozessen stattfinden würden. Im Gegenteil: Eine ausgeprägte partizipative Praxis ist die Regel bei Energiewende-Prozessen (Radtke et al. 2018). Jedoch zeigt eine umfassende Auswertung diverser Beteiligungsverfahren, dass diese häufig nicht erfolgreich verlaufen: Viele Bürgerinnen und Bürger beklagen, dass sie nicht ausreichend in Entscheidungsfindungsprozesse einbezogen seien, Verfahren nicht als fair und transparent empfunden werden und der Informierungsgrad zu gering sei (siehe u. a. Beiträge in Kühne und Weber 2018). Dies kann unmittelbare Auswirkungen auf politische Einstellungen haben – einerseits in Form von Apathie, andererseits aber auch durch kritisches Engagement in Protest-Initiativen (Eichenauer et al. 2018). Mit deutlichem Abstand wünschen sich gerade AfD-Anhänger politische Partizipation in der Energiewende – in starkem Gegensatz etwa zu Grünen-Anhängern (in Form einer Beeinflussung wie über Bürgerentscheide; Setton 2019, S. 29). Sowohl von kritischen Bürgerinitiativen als auch in der Forschung werden daher Änderungen der Kommunikations- und Beteiligungspraxis nahegelegt bzw. eingefordert. Gleichzeitig wird konstatiert, dass ein Teil der Bevölkerung mit kritischen Einstellungen nicht erreicht werden kann (Hübner und Pohl 2015). Zudem sind bestimmte (Mit-)Entscheidungsspielräume teilweise nicht gegeben, hinzu kommt ein Multilevel-Problem, indem vor allem auf lokaler Ebene häufig kein Einfluss auf übergeordnete Regelungen und Prozesse ausgeübt werden kann (Fraune und Knodt 2017). Werden dann im Ergebnis die Interessen von Bevölkerungsteilen nicht adäquat berücksichtigt, so kann dies einen „Rückgang des Vertrauens in demokratische politische Institutionen“ befördern, was sich „für die künftige demokratische Entwicklung problematisch“ auswirken kann: „Äußern kann sich dies konkret in der anwachsenden Unterstützung für populistische Parteien oder Bewegungen von beiden Seiten des ideologischen Spektrums, deren inhaltliche Ausrichtung vielfach nur bedingt mit den Zielen der freiheitlichen Grundordnung und der repräsentativen Demokratie vereinbar ist“ (Tosun et al. 2015, S. 166).

Es kann als derzeit offen gelten, wie dieser Problematik durch die politischen Problemlösungsansätze zu begegnen ist. Verstärkt setzt sich die Erkenntnis durch, dass ein „Mehr“ an Beteiligung nicht zwingend die Antwort auf diese Konfliktfälle sein muss (siehe hierzu den Beitrag von Ewen und Horelt in diesem Band). So wird ein wesentliches Problem in der Konstruktion und dem prinzipiellen Modus der Beteiligung gesehen: Indem diese auf *invited participation* basiere, würden zwangsläufig individuelle Interessen und Praktiken kanalisiert. Eefje Cuppen plädiert daher für die grundsätzliche Anerkennung der Konfliktarenen

und Protestgruppen als eine eigenständig anerkannte Form von Beteiligung (Cuppen 2018). Dann würde es in der Folge darauf ankommen, dass jenseits einer bestimmten Formatlogik eine Form der Kommunikation, Kooperation und Kollaboration zwischen beteiligten Akteuren, organisierten wie nicht organisierten Gruppen und Gemeinschaften gefunden wird, die sowohl demokratische Normen als auch (subjektive) Gerechtigkeitskriterien und -wahrnehmungen einlösen können und nicht zuletzt eine gewisse Form des Einflusses erlauben (Brettschneider 2013; Ewen und Horelt in diesem Band). Tatsächlich scheint allerdings ein Punkt erreicht zu sein, an dem sehr grundsätzlich die positivistische Grundlogik von Partizipation infrage gestellt wird (vgl. Radtke 2016, S. 15 ff.; Radtke und Schaal 2018). Verwirft man die Idee der partizipativen Demokratie und stellt man den kommunitaristischen Ansatz (der auf eine engagierte starke Zivilgesellschaft setzt) infrage, würde der Blick stärker auf das repräsentative politische System gelenkt werden, welches idealiter gedacht (Abbildung aller Interessen, an Gleichheit und Gerechtigkeit orientierte Prozedere etc.) die Ausgangspunkte und Ursachen für Widerstand, Unmut und Konflikte beheben könnte (vgl. Michelsen und Walter 2013, S. 290 ff.). Allerdings muss hierbei bedacht werden, dass gerade diagnostizierte Defizite des politischen Systems (etwa im Rahmen der Postdemokratie-Debatte diskutiert) zur Erosion des Vertrauens und der Glaubwürdigkeit geführt und somit die undemokratischen Bewegungen mit-erzeugt haben. Damit wäre man auf die altbekannte Erkenntnis zurückgeworfen, das sowohl funktionierende repräsentative Organe als auch eine authentische wie wirksame Partizipation für jede Demokratie zentrale Voraussetzungen sind.

### *Populismus in der parteipolitischen Agenda der Energiewende*

War der Energiesektor lange Zeit technokratisch geprägt und wenig politisiert, so hat sich dies mit der Zunahme parteipolitisch aufgeladener Konflikte in zahlreichen Feldern (Beispiele wären die Kontroverse um die Atomenergie, Konflikte um den Stromtrassenausbau, den Kohleausstieg, das Fracking, die Atomendlagerung etc.) deutlich verändert (Wurster 2010, S. 340). Entsprechend der Parteidifferenzhypothese können wir auch im Energiesektor davon ausgehen, dass unterschiedliche Parteien im Parlament und in der Regierung (auf Bundes- wie Landesebene) einen maßgeblichen Unterschied im Hinblick auf die politische Steuerung des Politikfeldes machen können (Hibbs 1977; Rose 1984; Budge und Keman 1990, S. 132). Der parteipolitische Einfluss auf das Politikergebnis ist dabei allerdings nicht unmittelbar gegeben, sondern wird durch Programme, Gesetze und Maßnahmen (Policy Output) vermittelt, die in aller Regel von der Regierung initiiert und durchgesetzt werden. Entsprechende (indirekte) Parteeffekte konnten in zahlreichen Studien nachgewiesen werden. Sie bleiben

zumeist auch dann bestehen, wenn um weitere wichtige sozioökonomische und politische Einflussfaktoren kontrolliert wird (Wenzelburger und Zohlnhöfer 2015). In Bezug auf die Energiepolitik weist die Literatur zu Parteiunterschieden darauf hin, dass vor allem die GRÜNEN an Fragen eines umwelt- und klimafreundlichen Umbaus des Energiesystems interessiert sein dürften. Traditionell zählen Themen wie der Atomausstieg, Klimaschutz sowie ein ökologischer Umbau des Energiewesens zu ihren Kernthemen. Neben dem Ziel eines „Green New Deals“ verfolgen sie ambitionierte Klimaschutzziele, wobei ein zügiger Ausstieg aus der Atomkraft für sie dazu keinen Widerspruch darstellt. Vielmehr soll mit dem Ende der Atomkraft auch die übergroße Marktdominanz der großen Stromkonzerne gebrochen und eine dezentrale, auf Erneuerbare Energien aufbauende Erzeugerstruktur erreicht werden (Goetzke und Rave 2016; Wurster 2017, S. 256). Diese klare programmatische Positionierung führte allerdings nicht dazu, dass andere Parteien nicht auch Umweltschutzfragen in ihre energiepolitische Programmatik aufgenommen haben. Vielmehr lassen sich seit den 1980er Jahren parteipolitische Ansteckungseffekte sowohl bei bürgerlichen als auch linken Parteien feststellen (Schmidt 2016). Über die grundsätzliche Notwendigkeit einer Energiewende hin zu einem nicht nuklearen, auf Erneuerbare Energien fußenden System besteht seit der Atomausstiegsentscheidung unter Bundeskanzlerin Merkel 2011 mehrheitlich sowohl in der Union als auch der SPD Einigkeit. Kontroversen bestehen allerdings weiter im Hinblick auf die angestrebte Umbaugeschwindigkeit, die Rolle von „Brückentechnologien“ wie Atomkraft, Kohle und Erdgas, den anzustrebenden Zentralisierungs- bzw. Dezentralisierungsgrad des Energiewesens sowie die Wahl der einzusetzenden Steuerungsinstrumente. Bei Letzteren plädieren insbesondere die CDU/CSU und die FDP für zurückhaltende Markteingriffe, während die SPD deutlich stärker auf staatliches Eingreifen setzt. Für keine andere Partei ist die Energiewende programmatisch aber so wichtig wie für die GRÜNEN (high issue salience). Betrachtet man die Ausbaudynamik Erneuerbarer Energien auf Bundesländer-ebene so lassen sich dann auch tatsächlich Effekt grün gefärbter Landesregierungen in Richtung eines beschleunigten Ausbaus feststellen (Wurster und Hagemann 2018).

Gemäß dem Cleavage-Model von Lipset und Rokkan (1967), das traditionell zwischen sozioökonomischen und soziokulturellen Konfliktdimensionen unterscheidet (Niedermayer 2013, S. 265–288), können die GRÜNEN grundsätzlich als Teil des linken Spektrums lokalisiert werden, mit einer stark progressiven Ausprägung im Hinblick auf die soziokulturelle und ökologische Dimension (Hough 2011). In jüngerer Zeit sehen wir das Aufkommen einer neuen kulturellen Konfliktlinie, die zwei Lager deutlich voneinander abgrenzt:

auf der einen Seite die Kosmopoliten und auf der anderen Seite nationalstaatliche, zuweilen auch nationalistische Kommunitaristen (Merkel 2017). Während die einen sich als Gewinner der Globalisierung sehen und sich für liberale Werte (Gleichheit aller Geschlechter, gleiche Rechte für Homosexuelle etc.), für offene Grenzen, für europäische Integration und internationalen Multilateralismus aussprechen, setzen die anderen auf solidarische Gemeinschaften, den Nationalstaat, eng kontrollierte Grenzen gegenüber wirtschaftlicher Verflechtung wie gegenüber Immigranten und stehen der EU und multilateralen Institutionen skeptisch gegenüber. Tendenziell sehen sie sich als die Verlierer der Globalisierung. Auch wenn diese neue Konfliktlinie vor allem auf gesellschaftliche Fragen, internationale Einbindung und Themen wie Flüchtlings- und Identitätspolitik fokussiert, so strukturiert sie doch auch den Diskurs um umwelt- und energiepolitische Fragen neu. Auch wenn die Kosmopoliten als „frequent flyers“ nicht zwingend einen kleineren ökologischen Fußabdruck aufweisen, so stehen sie doch mehrheitlich sowohl für internationale Umwelt- und Klimaabkommen, für überregionale Umweltschutzinitiativen als auch für die Energiewende ein. Zwar ist der Erhalt der heimischen Natur durchaus ein Ziel, das auch von nationalistischen Kommunitaristen geteilt werden kann, insgesamt sammeln sich unter ihnen aber vor allem entschiedene Gegner eines systemisch, international vernetzten Klima- und Umweltschutzes. Im deutschen Parteiensystem wird die neue Konfliktlinie an ihrem kosmopolitischen Pol von den GRÜNEN vertreten, während die AFD den nationalistisch-kommunitaristischen Gegenpol bildet. Klimaskeptiker oder „Klimakrieger“ (Die Zeit vom 22.11.2012), die zunehmend ihre politische Heimat in der AFD finden, stellen den von Menschen verursachten Klimawandel oder die daraus gezogenen Schlussfolgerungen infrage (Brunnengräber 2013). Nicht zuletzt durch den Wechsel im Weißen Haus 2017 befinden sich diese Positionen national wie international im Aufwind. Fraglich ist nun, inwiefern durch die jüngsten Wahlerfolge der energiewendekritischen AFD Gegner der Energiewende vor Ort, die Widerstand gegen Windkraft-, Netzausbau, und großflächige PV-Anlagen organisieren, weiter Zulauf bekommen. Bundesweite Organisationen wie etwa Vernunftkraft greifen solchen regionalen Widerstand auf und verstärken ihn, und es scheint so, dass die AFD zu einem „natürlichen Verbündeten“ der Energiewendegegner (ihrem „politischen Arm“) werden könnte, auch wenn sich nicht alle Positionen ein zu eins decken. Repräsentative Umfragen im Bundesgebiet zeigen zumindest, dass bis zu 44 % derjenigen, die die Energiewende ablehnen, sich vorstellen können, der AfD ihre Stimme zu geben (Eichenauer et al. 2018). Obwohl die Energiewende insgesamt in Umfragen immer noch eine breite Unterstützung in der Gesamtbevölkerung genießt, kann

vor diesem Hintergrund nicht ausgeschlossen werden, dass sie in den polarisierten Meinungskampf auf der Kosmopolitismus-Kommunitarismus Konfliktlinie hineingezogen wird. Ähnlich wie im Falle der deutschen Flüchtlingspolitik nach 2015 könnte diese Polarisierung die generelle Akzeptanz für die Energiewende mindern und aktive Unterstützung in Ablehnung und massive Kritik umschlagen.

### *Internationale Phänomene von Energiewende und Populismus*

Deutschland steht mit einer zugespitzten parteipolitischen Kontroverse um die weitere Gestaltung des Energiesystems aber keineswegs alleine da. In manchen Ländern treten die Konflikte schon heute noch viel deutlicher zutage. Nirgends ist die Klimaskepsis dabei politisch ausgeprägter als in den Vereinigten Staaten. Viele Kongressmitglieder haben sich dort gegen Klimaschutzmaßnahmen positioniert. Donald Trump hat sich der Koalition der Tea-Party-Bewegung in der Republikanischen Partei angeschlossen und orientiert seine Regierung entlang der Interessen der Kohle-, Öl- und Erdgasindustrien. Er hat seine Pläne aus den von Präsident Barack Obama unterzeichneten Pariser Abkommen auszusteigen schon am Anfang seine Amtszeit klargemacht. Der Aufstieg von Klimaskepsis und Klimaverweigerung hängt dabei mit libertären und konservativen Tendenzen in der Bevölkerung, nämlich einer Skepsis gegenüber wissenschaftlicher und technischer Fachkenntnis als auch einem mangelnden Vertrauen in die Regierung, zusammen. Diese Tendenzen waren auch in Kanada unter der konservativen Regierung von Stephen Harper sichtbar. Harper zog Kanada aus dem Kyoto-Protokoll zurück. Im industriellen Herzen Kanadas, in der Provinz Ontario, in der zunächst ehrgeizige Ziele für Erneuerbare Energien festgelegt wurden, haben Anti-Windparkbewegungen eine Änderung der Gesetzespläne durchsetzen können (Walsh 2018). Der australische Premierminister Michael Turnbull steht unter dem Druck einer Gruppe namens Monash Forum, die seiner Partei angehört, und die ihn dazu drängt, den Bau weiterer Kohlekraftwerke zu unterstützen (Thomson 2018). In Europa breitet sich der Protest gegen Klimapolitik und Pläne zur CO<sub>2</sub>-armen Energieversorgung ebenfalls aus. In Großbritannien sind Proteste gegen Erneuerbare Energien auf der Tagesordnung, und das Land verfolgt die Strategie einer Weiternutzung seiner Nuklearanlagen. In Frankreich wurden die Pläne von Präsident Macron, die Steuern auf Dieselmotoren zu erhöhen, aufgrund breiter öffentlicher Protesten durch die sogenannten „Gelbwesten“ zunächst gestoppt. Und in Polen, wo die Kohle das Rückgrat der Energiewirtschaft bildet, stoßen die europäischen Bemühungen, die Klimaschutzpolitik voranzutreiben, auf starken Widerstand. Populistische Parteien sind im Übrigen weltweit auf dem Vormarsch. Laut einem Forschungsprojekt über globa-

len Populismus gibt es in 33 Ländern mindestens 46 populistische Führer oder politische Parteien, die zwischen 1990 und 2018 leitende Ämter bekleideten. Die Zahl der Populisten an der Macht, die 1990 noch bei 4 lag, betrug im Jahr 2018 bereits 20 (Kyle und Gultchin 2018). Nicht alle populistischen Führer und Parteien sprechen sich dabei gegen Klimaschutzmaßnahmen und einen Übergang zu einer kohlenstoffarmen Energiezukunft aus, aber viele tun es. Es gilt daher, diese Entwicklungen noch genauer in den Blick zu nehmen und zu untersuchen, was die Verbreitung des Populismus für die Bekämpfung des Klimawandels und die Förderung kohlenstoffarmer Energiestrukturen bedeuten wird.

---

## 2 Überblick über die Beiträge

Die Beiträge dieses Bandes geben einen ersten Überblick über die genannten und weitere Themenbereiche, die unter die Klammer Energiewende und Populismus gefasst werden können. Hierbei handelt es sich, wie beschrieben, nicht um einen klar abgrenzbaren und konturierten Bereich. Den gemeinsamen Bezugspunkt bilden konfliktive Muster, welche in die beschriebenen Diskurse, Handlungsweisen oder politischen Strategien eingeschrieben sind. Damit liegt es bereits nahe, dass das Themenfeld Energiewende-Konflikte eine prominente Rolle spielt und in diversen Beiträgen widerspiegelt wird. Doch es wäre eine verkürzte Sichtweise, den Populismus-Komplex ausschließlich auf dieser Ebene zu verorten, denn zumeist werden im Rahmen dieser Forschung lokale Konfliktfälle thematisiert, welche nur einen Teil der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Energiewende repräsentieren. Daher werden in diesem Band auch Dimensionen abgebildet, die sowohl thematisch stärker divergieren (jenseits der prominenten Konflikte), als auch inhaltlich-methodisch verschiedene Forschungsgegenstände in Form diverser Handlungsweisen von Akteuren, Kommunikationsformen oder institutioneller Strategien adressieren.

Die Fortsetzung des ersten Teils des Sammelbandes, der sich mit den theoretischen Zugängen des Themenfeldes Energiewende und Populismus beschäftigt, bildet dabei der Beitrag von **Veith Selk, Jörg Kemmerzell und Jörg Radtke**. Die Autoren identifizieren drei grundsätzliche Herausforderungen moderner Demokratie: die fortschreitende Politisierung der Gesellschaft, eine zunehmende Differenzierung politischen Entscheidens sowie eine wachsende Kognitionsasymmetrie zwischen Bürgern und Experten, welche auch die Konfliktstruktur im Feld der Energiewende prägen. Aufbauend auf die mit den einzelnen Punkten jeweils einhergehende Problemdiagnose identifizieren sie drei mögliche Formen des Umgangs mit diesen Herausforderungen. Neben einer expertokratischen